

Der Anfang von Etwas II

Welche organisatorische Form mit welchen Gründen auch gewählt wurde, keine konnte den eklatanten Widerspruch zwischen den geringen Möglichkeiten der Gruppen und der sich zuspitzenden Krise überbrücken. Ab dem 11. September '89, der Ausreisewelle aus Ungarn, standen ihre Aktivisten unter einem nicht voraussehbaren Handlungsdruck. In dem Maße, wie die DDR-Staatsmacht das Feld räumte, rückte eine andere Macht in den Vordergrund: der Einfluss der benachbarten Bundesrepublik, die mit 500 Millionen harter DM die Freizügigkeit der DDR-Bürger über Ungarn ermöglicht hatte und als erfolgreichere staatliche Alternative sowohl den verzweifelten DDR-Bürokraten wie einer wachsenden Gruppe ihrer Bürger als Rettung aus der Not erschien. Diesem Mitspieler war die Opposition nicht einmal theoretisch gewachsen.

Im Hinblick auf die entstehende Situation ist es interessant, dass eine „deutsche Frage“ vom *Neuen Forum* gar nicht thematisiert wurde. In der *Böhlener Plattform* war von der „Gefahr einer kapitalistischen Restauration“ die Rede. Die Bürgerbewegung *Demokratie jetzt* nutzte den durch ihr Bekenntnis zum Sozialismus selbst verengten Spielraum in dieser Frage immerhin zu einer Aufforderung, „beide deutsche Staaten sollten, um der Einheit willen, (sich) aufeinander zu reformieren“. Auch der *Demokratische Aufbruch* ging deshalb „von der deutschen Zweistaatlichkeit aus. Die langfristige politische Lösung der damit zusammenhängenden Fragen kann nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung erfolgen.“ Markus Meckel erklärte in seinem programmatischen Gründungsvortrag für die SDP: „Wir anerkennen die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit unseres Volkes. ... Die Rede von Wiedervereinigung ist ... äußerst unproduktiv und rückwärtsgerichtet, denn eine Wiedervereinigung wird es nun bestimmt nicht geben können. Wir wollen das freie Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung der DDR.“ Zu den Gegenkräften des damaligen SDP-Kurses erklärte er: „... Wenn ich einmal einen demokratischen Staat der DDR voraussetze, so werden es diejenigen sein, die einfach nur eine Wiedervereinigung als Angliederung an die Bundesrepublik wollen. Jenseits unserer Grenzen werden die sich gegen uns wenden, die den Versuch einer Alternative zum kapitalistischen System mit dem Scheitern des realsozialistischen Modells für grundsätzlich gescheitert ansehen wollen, als gäbe es keine andere Alternative – eben weil sie keine wollen. Und so werden sie gegen uns arbeiten.“

Anfang Oktober waren die neuen politischen Vereinigungen erst im Entstehen begriffen. Eine erste gemeinsame Erklärung vom 4. Oktober markierte die politische Herausforderung der SED durch die Forderung nach freien Wahlen, den Angriff auf die



Leipzig, Oktober '89, Foto: Eberhard Klöppel

Legitimität der Herrschaft der Politbürokraten. Die Teilnahme an den Protesten Anfang Oktober und die Versuche zur Unterstützung Inhaftierter stützten sich aber nicht auf die neuen Organisationen, sondern eher auf die alten Verbindungen im oppositionellen Milieu. Dabei waren selbstverständlich auch die „alten“ Protagonisten der neuen Gruppen beteiligt.

Aus der gemeinsamen Erklärung der neuen politischen Vereinigungen vom 4. Oktober '89:

Wir begrüßen die sich entwickelnde Vielfalt der Initiativen als Zeichen des Aufbruchs und des wachsenden Mutes, eigene politische Positionen öffentlich zu vertreten. Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten. Es kommt darauf an, einen Zustand zu beenden, in dem Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft nicht die Möglichkeit haben, ihre politischen Rechte so auszuüben, wie es die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen und die KSZE-Dokumente verlangen. Wir

erklären uns solidarisch mit allen, die wegen ihres Einsatzes für diese Ziele verfolgt werden. Wir setzen uns ein für die Freilassung der Inhaftierten, die Aufhebung ergangener Urteile und die Einstellung laufender Ermittlungsverfahren. Wir halten es für vorrangig, in unserem Land eine Diskussion darüber zu eröffnen, welche Mindestbedingungen für eine demokratische Wahl eingehalten werden müssen.